

ART DER SITZUNG öffentlich	NR. DER SITZUNG, GREMIUM Sitzung 19/16, Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	Sitzungsdatum Sitzungsdatum 08.11.2017
-------------------------------	--	--

- a. Aufnahme von Beitragstatbeständen, die bislang in der städtischen Satzung so nicht vorgesehen sind, jedoch aus Sicht der Verwaltung einer Aufnahme in die Satzung bedürfen (siehe Anlage A / → gelbe/rote Markierung)
- b. Anpassung der in der Satzung festgelegten Anliegeranteile der Höhe nach (siehe Anlage A / → Spalten Anliegeranteil alt/neu)

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Satzungsänderungssatzung vorzubereiten und dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im Produkt „Beitragsbescheide“ wird der Haushaltsansatz bei „Beiträgen“ für die Haushaltsjahre 2018 – 2021 jeweils um 40,0 T€ erhöht.

III. Zur Veranlassung der weiteren Prüfung werden folgende Vorschläge zur Konsolidierung vorgelegt:

1. Die Refinanzierung internen Personalaufwendungen zur Betreuung und Organisation des Innenstadtstärkungsprogramms aus Mitteln des Innenstadtstärkungsfonds ab 2018 wird geprüft.
2. Die Festsetzung von Höchstgebühren nach der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung bei Entscheidungen über Befreiungen, Abweichungen und Baulasten im Rahmen der Prüfung und Genehmigung von Bauanträgen wird geprüft.
3. Die Festsetzung von Höchstgebühren nach der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung im Rahmen der Prüfung und Genehmigung von Teilungsanträgen wird geprüft.
4. Die Änderung der gegenwärtigen Praxis zur Gebührenerhebung für ordnungsbehördliche Maßnahmen im Rahmen der Bauaufsicht (Widersprüche, Klagen, Beschwerden, Feststellung und Ahndung von Schwarzbauten) unter Ausschöpfung der Rahmengebühr der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung wird geprüft.
5. Die Überwachung des ruhenden Verkehrs in den Abend- und Nachstunden, bzw. an Sonn- und Feiertagen (auch in den Außenbereichen) wird geprüft.
6. Die Erhöhung der Gebühren für Sondernutzungserlaubnisse für Außengastronomien/ Terrassen in der Stadt Neuss (Rechtsgrundlage: Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen der Stadt Neuss in der Fassung der 6. Änderungsatzung vom 16.11.2012) wird geprüft.

Abstimmungsergebnisse zu

Ziffer 1 1

einstimmig zugestimmt

Ziffer 1 2

mehrheitlich abgelehnt

ART DER SITZUNG öffentlich	NR. DER SITZUNG, GREMIUM Sitzung 19/16, Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	Sitzungsdatum Sitzungsdatum 08.11.2017
-------------------------------	--	--

Ziffer I 3

einstimmig zugestimmt

Ziffer II 1a und b

einstimmig zugestimmt

Ziffer II 2

einstimmig zugestimmt

Ziffern II 3 a und b

einstimmig zugestimmt

Ziffer II 4

einstimmig abgelehnt

Ziffer II 5

verwiesen in die nächste Sitzung des APS

Ziffer II 6

einstimmig zugestimmt

Ziffer II 7

verwiesen in den nächsten Finanzausschuss mit dem Auftrag, den Fraktionen Vergleichszahlen aus anderen Gemeinden vorzulegen

Ziffer II 8 a und b

mehrstimmig abgelehnt

Ziffer III 1

mehrheitlich abgelehnt

Ziffer III 2, 3 und 4

einstimmig zugestimmt mit dem Auftrag, interkommunale Vergleichszahlen vorzulegen.

Ziffer III 5

mehrheitlich abgelehnt

Ziffer III 6

einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung

Der Antrag auf Verweisung in den nächsten APS zu Ziffer II 5 erfolgte auf Vorschlag von Frau Stv. Schäfer.

Der Antrag auf Verweisung in den Finanzausschuss zu Ziffer II 7 erfolgte auf Vorschlag von Frau Stv. Schäfer

Anmerkungen zur Diskussion

Zu Ziffer 1 erläutert Herr Beigeordneter Hölters, dass die Maßnahme formell abgeschlossen sei, der Verwendungsnachweis sei geführt worden, so dass in diesem Bereich eine halbe Planstelle gestrichen werde. Selbstverständlich werde die städtebauliche Entwicklung des Stadtteils fortgeführt.

ART DER SITZUNG öffentlich	NR. DER SITZUNG, GREMIUM Sitzung 19/16, Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	Sitzungsdatum Sitzungsdatum 08.11.2017
-------------------------------	--	--

Zu Ziffer II 1a erläuterte die Verwaltung, dass die Kosten für den Handwerkerausweis kreisintern abgestimmt seien.

Zu Ziffer II 5 konstatiert Frau Stv. Schäfer, dass eine Verteuerung der Baukosten kontraproduktiv sei, hier bestünde noch Diskussionsbedarf.

Zu Ziffer II 7 bat Herr Stv. Karbowski um Zusendung von Vergleichszahlen aus anderen Kommunen an die Fraktionen.

Zu Ziffer II 8a + b äußerte Frau Stv. Schäfer den Wunsch, die Anlieger nicht weiter zu belasten. Herr Stv. Karbowski bat die Verwaltung um Prüfung, wie hoch die Beiträge in anderen Gemeinden seien.

Zu Ziffer III 3 bittet Frau Stv. Schäfer um interkommunale Vergleichszahlen.

Zu Ziffer III 5 wurde kontrovers diskutiert. Frau Stv. Schäfer zweifelt die Darstellungen in der Sachverhaltsdarstellung an. Herr Stv. Karbowski befindet eine stärkere Überwachung in problematischen Bereichen für sinnvoll, wobei die Kosten-Nutzen-Auswertung abzuwarten bliebe. Herr Stv. Kehl verweist auf den Workshop Urbane Mobilität, in dem eine stärkere Überwachung angeregt wurde.

TOP 11 Beschluss über die Haushaltsaufstellung für die Bereiche Bauverwaltung, Planung, Bauordnung und Verkehr
APS 101-2017

geänderte Beschlussempfehlung (*Änderungen kursiv*)

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Finanzausschuss die Teilergebnis- und -finanzpläne des Entwurfs des Haushaltsplans 2018 und der Finanzplanung für die Jahre 2019 bis 2021 für die Budgets

- 006.600.100 (Bauverwaltungsamt)
- 006.610.100 (Planung),
- 006.610.110 (Allerheiligen),
- 006.630.100 (Bauberatung und Bauordnung) und
- 006.690.100 (Verkehrsangelegenheiten)

unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse vorzulegen.

Weiterhin wird im Budget 1.100.090.511.110.000 ein Sachkonto für eine „Machbarkeitsstudie Ruhrstraße / Dieselstraße“ mit Mitteln von 100.000 € eingerichtet.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Einrichtung des Sachkontos erfolgte auf Vorschlag von Herrn Stv. Karbowski.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt